

Inhaltsverzeichnis

A Vorbemerkungen aus Vorlesung und Übung.....	2
B Grundbegriffe.....	3
1.System der öffentlichen Einnahmen.....	3
2.Steuersystem und Besteuerungsprinzipien.....	3
3.Definitionen.....	4
4.Rechtsquellen.....	5
C Besteuerungsverfahren.....	7
1.Ermittlungsverfahren.....	7
2.Festsetzungs- und Feststellungsverfahren.....	8
3.Erhebungs- und Vollstreckungsverfahren.....	8
4.Rechtsbehelfsverfahren.....	8
5.Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten.....	9
D Grundlagen der wesentlichen Unternehmenssteuern.....	10
1.Einkommenssteuer.....	10
1.1.Steuerpflicht.....	10
1.2.Bemessungsgrundlage.....	10
1.3.Steuertarif.....	11
1.4.Abgrenzung der Einkunftsarten.....	11
1.5.Sonderausgaben.....	12
2.Körperschaftsteuer.....	13
2.1.Steuerpflicht.....	13
2.2.Bemessungsgrundlage.....	13
2.3.Steuertarif.....	14
3.Gewerbsteuer.....	14
3.1.Steuerobjekt.....	14
3.2.Steuerpflicht.....	14
3.3.Bemessungsgrundlage.....	15
3.4.Steuertarif.....	15
4.Umsatzsteuer.....	16
4.1.Charakterisierung.....	16
4.2.Steuerobjekt.....	17
4.3.Steuerpflicht.....	17
4.4.Bemessungsgrundlage.....	17
5.Grunderwerbssteuer.....	18
5.1.Steuerobjekt.....	18
5.2.Steuerpflicht.....	18
5.3.Bemessungsgrundlage und Steuertarif.....	18
E Einfluss der Besteuerung auf Unternehmen.....	19
1.Rechnungswesen.....	19
2.Rechtsformwahl.....	19
3.Standortwahl.....	19

A Vorbemerkungen aus Vorlesung und Übung

- Stand der Gesetze: 01.01.2004
- Gesetzessammlung: „Wichtige Steuergesetze mit Durchführungsverordnungen“, 52. Auflage, NWB-Textausgabe, Verlag Neue Wirtschafts-Briefe, Berlin/Herne
- wichtig zum Verständnis auch die Anmerkungen auf den Folien
- das bisher geltende Anrechnungsverfahren im Rahmen der Körperschaftssteuer ist nicht mehr Gegenstand der Vorlesung und der Übung, nur das Halbeinkünfteverfahren
- empfehlenswerte Literatur:
 - Haberstock, L./Breithecker, V., „Einführung in die Betriebswirtschaftliche Steuerlehre“

Anmerkungen für Klausuraufgaben und Übungen:

- Vorsteuer und Umsatzsteuer sind keine durchlaufenden Posten gemäß §4 Abs.3 Satz 3 EStG
 - insofern sind Umsatzsteuer und Vorsteuer Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben, da die Abführung an das Finanzamt nicht periodengleich¹ erfolgt
 - durchlaufende Posten fallen bspw. bei Handelsvertretern an, die Umsatzerlöse an den Handelsherrn weiterleiten
- Bewirtungsaufwendungen nach §4 Abs.5 Nr. 2 EStG
 - nicht abziehbar ist auch der unangemessene Teil der Bewirtungsaufwendungen
- verdeckte Gewinnausschüttungen (insbes. Klausur WS01/02 Aufgabe 1)
 - verdeckte Gewinnausschüttungen haben auch Einfluss auf die Gewerbesteuer
 - Hinzurechnung einer verdeckten Gewinnausschüttung (§8 Abs.3 KStG) führt zu einem höheren Gewerbeertrag und somit zu einer höheren Gewerbesteuerbelastung
 - das zu versteuernde Einkommen einer Kapitalgesellschaft erhöht sich demnach um die Differenz von verdeckter Gewinnausschüttung und darauf entfallender Gewerbesteuer
- private Veräußerungsgeschäfte nach §23 EStG (insbes. Klausur WS01/02 Aufgabe 2)
 - auch alle privaten Verkäufe, bei denen zwischen Erwerb und Veräußerung kein volles Jahr liegt, sind Spekulationsgeschäfte und demnach steuerbar
- Werbungskosten
 - Werbungskostenpauschalen nach §9a EStG unterliegen grundsätzlich nicht den Bestimmungen des §3c EStG
 - für die Inanspruchnahme von Werbungskosten kommt es nicht zwingend darauf an, ob tatsächlich Einkünfte erzielt wurden, die theoretische Möglichkeit reicht aus
 - x z.B. die Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft bringt im allgemeinen Dividendenzahlungen mit sich ... auch bei Ausfall der Dividende können Werbungskosten (Fahrt zur Hauptversammlung) geltend gemacht werden ... aber: §3c EStG i.V.m. §3 Nr. 40 EStG

1 periodengleiche Abführung an den Berechtigten ist aber Voraussetzung für einen durchlaufenden Posten

B Grundbegriffe

1. System der öffentlichen Einnahmen

- Steuern sind eine Form der öffentlichen Einnahmen
 - Abführung kraft hoheitlicher Regelungen (öffentliche Finanzhoheit) vom Bürger an den Staat
 - gesetzliche Grundlage der Steuern: §3 Abgabenordnung (AO)
 - es gilt das Prinzip „Non-Affektion“, d.h. keine Zweckbindung der erhobenen Steuern²
 - Zweck der Steuern:
 - Erzielung von Einnahmen durch den Staat
 - Lenkungswirkungen
 - keine gesetzliche Regelung für Gebühren und Beiträge
- Abbildung „System der öffentlichen Einnahmen“

2. Steuersystem und Besteuerungsprinzipien

Als **Steuersystem** bezeichnet man die Gesamtheit aller Steuern eines Staates einschliesslich der gegenseitigen Beziehungen und der angewandten Besteuerungsprinzipien.

- In Deutschland etwa 30 Einzelsteuern, davon allerdings nur 8 mit fiskalischer Bedeutung³:
 - Lohnsteuer, Einkommenssteuer und Körperschaftssteuer
 - Gemeindesteuern und Ländersteuern
 - Körperschaftssteuer, Umsatzsteuer und Zölle

Die **Besteuerungsprinzipien** geben an, welche Ziele mit der jeweiligen Steuer verfolgt werden sollen, d.h. Grundsätze, die der Ausgestaltung und Beurteilung von Steuersystemen dienen. Annahmen zur Ableitung von Besteuerungsprinzipien sind:

- Fiskalzweck: Mittelbeschaffung für den Staat für dessen Aufgabenerfüllung
- politische Entscheidung: Höhe der Steuern ist politisch begründet
- Fundamentalprinzip: Grundsatz der Steuergerechtigkeit
 - Maßstab ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit
 - Abgrenzungsproblem: was ist Einkommen, was ist Konsum?
 - x Einkommen schwer mess- und definierbar
 - x Konsum leicht messbar
 - x aber: Begrenzung der Besteuerung nur auf Konsum⁴ würde zu Steuervergehen führen, da der Konsum durch geringere Steuersätze im Ausland günstiger wäre
 - x deshalb: Mischung von Einkommenssteuern und Konsumsteuern

² teilweise Abweichung von dieser Norm: z.B. teilweise Zweckbindung der Mineralölsteuer für den Straßenbau

³ diese 8 Steuerarten erbringen ungefähr 91% des gesamten Steueraufkommens

⁴ gleichbedeutend mit exorbitant hohen Konsumsteuersätzen und hohen Preisen

grundsätzliche Arten der Systematisierung der Steuerarten:

- nach Art der Erfassung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit
 - direkte Steuern (unmittelbare Erfassung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wie Einkommenssteuer und Grundsteuer)
 - indirekte Steuern (nur mittelbare Erfassung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wie Mineralölsteuer und Umsatzsteuer)
- nach dem Steuergläubiger, dem die Steuern zufließen
 - Gemeinschaftssteuern (gemeinsame Steuern von Bund und Ländern wie Einkommenssteuer und Körperschaftssteuer)
 - Bundessteuern (ausschliesslich Steuern des Bundes wie Zölle und Mineralölsteuer)
 - Ländersteuern (ausschliesslich Steuern der Länder wie Biersteuer und Kraftfahrzeugsteuer)
 - Gemeindesteuern (ausschliesslich Steuern der Gemeinden wie Gewerbesteuer und Grundsteuer)
- nach dem Einfluss auf die unternehmerische Entscheidung
 - Produktionsfaktorsteuern (Steuern auf den Einsatz von Produktionsfaktoren wie Kraftfahrzeugsteuer und Grunderwerbssteuer)
 - Betriebsleistungssteuern (Steuern auf den Leistungen des Unternehmens wie Umsatzsteuer und Tabaksteuer)
 - Gewinn- und Ertragssteuern (Steuern auf den betrieblichen Erfolg wie Einkommenssteuer und Körperschaftssteuer)

→ Abbildung „Systematisierung der Steuerarten“

3. Definitionen

Steuerpflichtiger bzw. **Steuersubjekt** ist jeder, der eine durch die Steuergesetze auferlegte Verpflichtung zu erfüllen hat (§33 AO). Steuerliche Verpflichtungen können sowohl materiell (Pflicht zur Steuerzahlung) als auch formell (Aufzeichnungspflichten) sein.

Steuerobjekt bzw. **Steuergegenstand** ist der Tatbestand, an den die Steuerpflicht anknüpft.

Steuerschuldner ist derjenige, der den Tatbestand verwirklicht, an den das Gesetz die Leistungspflicht bindet. Im Sinne der materiellen Steuerpflicht ist der Steuerschuldner der Steuerpflichtige⁵.

Steuerzahler ist der, der die Steuer zu entrichten hat, i.d.R. der Steuerschuldner. Ausnahme davon z.B. bei der Mineralölsteuer und der Lohnsteuer⁶

Steuerträger ist derjenige, der durch die Steuerzahlung wirtschaftlich belastet wird, der die Steuer zu tragen hat bzw. auf den die Steuer „umgewälzt“ wird⁷.

Steuerdestinator ist derjenige, der die Steuer nach dem Willen des Gesetzgebers wirtschaftlich tragen soll.

⁵ aber: nicht jeder Steuerschuldner ist auch der Steuerpflichtige!

⁶ Steuerzahler: Arbeitgeber – Steuerschuldner: Arbeitnehmer

⁷ bei Einführung einer neuen Unternehmenssteuer wird diese i.d.R. als Kostenposition auf den Produktpreis aufgeschlagen, insofern ist der Kunde hier Steuerträger. Gelingt dieser Preisaufschlag nicht, bleibt das Unternehmen Steuerträger

Steuergläubiger ist derjenige, dem die Steuer zufließt = öffentliches Gemeinwesen.

Steuertarif ist eine formelmäßige, tabellarische oder grafische Zusammenstellung die für jede Ausprägung der Bemessungsgrundlage die Höhe der zu zahlenden Steuern als Steuersatz oder Geldbetrag je Einheit Bemessungsgrundlage angibt.

Bemessungsgrundlage ist eine Mengen- oder Wertgröße, die das Steuerobjekt quantifiziert.

Steuersätze können von der Höhe der Bemessungsgrundlage unabhängig sein (konstant) oder mit der Höhe variieren.

Steuerschuld : $S(B) = s \times B$ mit $s = \text{nomineller Steuersatz}$

Durchschnittsteuersatz : $s = \frac{S(B)}{B}$ mit $S(B)$: Steuerschuld ; B : Bemessungsgrundlage

Grenzsteuersatz : $s' = \frac{dS(B)}{dB}$

Grenzsteuersatz ist der Steuersatz, mit dem die jeweils letzte Einheit der Bemessungsgrundlage besteuert wird.

Steuerprogression in der direkten Form führt zu steigenden Steuersätzen bei steigender Bemessungsgrundlage, in der indirekten Form zu Abschlägen auf die Bemessungsgrundlage bzw. Steuerschuld)

Freibetrag ist der Betrag, der bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage abgezogen wird und stets steuerfrei bleibt, jedoch nie zu einer negativen Bemessungsgrundlage führt, insofern bei einem proportionalen Tarif zu einer indirekten Progression begründet.

Freigrenze ist der Betrag, bis zu dem die Bemessungsgrundlage steuerfrei bleibt, bei dessen Überschreitung aber die volle Bemessungsgrundlage besteuert wird.

4. Rechtsquellen

- Gesetze (von Legislative erlassen)
 - Grundgesetz (GG)
 - × Prüfung ob die Steuergesetze mit dem Grundgesetz vereinbar sind (insbes. Art.3 GG)
 - völkerrechtliche Verträge und daraus abgeleitetes Recht
 - × insbesondere Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)
 - Abgabenordnung (AO)
 - × Steuergrundsätze
 - × allgemeine Verfahrensgrundsätze für die Besteuerung
 - Bewertungsgesetze
 - × allgemeine Richtlinien für die Bewertung von Wirtschaftsgütern
 - Einzelsteuergesetze
 - × Einkommenssteuergesetz (EStG)
 - × Körperschaftsteuergesetz (KStG)
 - × Umsatzsteuergesetz (UStG)

- Rechtsverordnungen (von Exekutive erlassen)
 - bindend für alle, die dem zugrunde liegenden Gesetz unterliegen
 - haben auch Gesetzeskraft
- Rechtssprechung (Urteile von BVerfG, EuGH und BFH)
 - grundsätzlich nur für die Beteiligten bindend
 - können aber individuell bindend werden und Gesetzeskraft erlangen
 - Entscheidungen der Landesfinanzgerichte nur individuell bindend
- Verwaltungsanweisungen (Richtlinien der Verwaltung)
 - nur bindend für die ausführende Verwaltung, nicht gegenüber Steuerpflichtigen
 - von einer innerhalb der Verwaltung übergeordneten Stelle angeordnet
 - Erlasse des Bundesfinanzministers
 - Verfügungen der Oberfinanzdirektion (OFD)
 - Quelle: Bundessteuerblatt (BstBl.)
 - × Teil 1 enthält Veröffentlichungen des Bundesfinanzministeriums (BMF)
 - × Teil 2 enthält Entscheidungen des Bundesfinanzhofs (BFH)

C Besteuerungsverfahren

1. Ermittlungsverfahren

Ziel des Ermittlungsverfahrens:

- Feststellung der Besteuerungsgrundlagen (≠ Bemessungsgrundlage)
 - Ermittlung von Tatsachen und rechtlichen Verhältnissen
 - erfolgt von Amts wegen
 - Prüfung ob gewisse Ansprüche (Freibeträge etc.) zu Gunsten oder Ungunsten des Steuerpflichtigen wirken

Steuerpflichtiger hat eine Mitwirkungspflicht:

- Vornahme von Steuervoranmeldungen (z.B. Umsatzsteuervoranmeldung)
- Abgabe der Steuererklärung
 - Fristverlängerung auf Antrag möglich (§109 AO)
 - Verspätungszuschlag bei nicht fristgemäßer Abgabe bis 25.000 EUR (§152 AO)
 - Verhängung von Zwangsmitteln bei Weigerung der Abgabe⁸ (§328 AO)
- Auskunftspflichten gemäß §93 AO
- Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten gemäß §§140ff. AO

Durchführung des Ermittlungsverfahrens im Aussendienst unterliegen besonderen Vorschriften:

- Aussenprüfung (§193ff. AO)
 - i.d.R. als Betriebsprüfung in den Geschäftsräumen des Steuerpflichtigen
 - Zeitpunkt und zu prüfender Zeitraum muss angekündigt werden
 - Ergebnisse werden abschliessend mit dem Steuerpflichtigen erörtert und durch Steuerbericht mitgeteilt
 - bisher vorläufiger Steuerbescheid wird in einen – ggf. korrigierten – endgültigen Steuerbescheid umgewandelt
- Steuerfahndung (§208 AO)
 - Mitarbeiter mit polizeilichen Befugnissen ausgestattet
 - erfolgt unangekündigt
 - dient der Aufdeckung und Erforschung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten
- Steueraufsicht in besonderen Fällen (§209ff. AO)
 - laufende Überwachung von Betrieben in Zoll- und Verbrauchssteuerangelegenheiten
- Steuerschätzung (§162 AO)
 - Steuern und Besteuerungsgrundlagen werden geschätzt
 - Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung dadurch nicht aufgehoben
 - durchzuführen, wenn keine objektive Ermittlung möglich ist
 - auch durchführbar, wenn der Steuerpflichtige seinen Mitwirkungspflichten nicht nachkommt (unvollständige Buchführung; fehlende Aufzeichnung; nicht fristgemäße Abgabe der Unterlagen)

⁸ unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit

2. Festsetzungs- und Feststellungsverfahren

- Feststellung des Ergebnisses des Ermittlungsverfahrens = Besteuerungsgrundlagen
- Festsetzung der Höhe der Steuerschuld im Festsetzungsverfahren
 - zur Eintreibung der Steuerschuld wird Steuerbescheid (Feststellungsbescheid) erlassen
- gesonderter Feststellungsbescheid erforderlich, wenn:
 - wenn Vermögensgegenstand Objekt mehrerer Steuerarten ist
 - Einkünfte oder Vermögensgegenstände mehreren Personen zugerechnet werden muss⁹
- Steuerfestsetzung unterliegt genauen Fristen gemäß §169 AO
 - innerhalb der Fristen sind Änderungen am Steuerbescheid grundsätzlich möglich
 - × für Änderungen gelten aber die Bestimmung des §165 AO
 - × für Steuerbescheide unter Vorbehalt die Bestimmungen des §164 AO
 - Änderung des Feststellungsbescheids nach Fristablauf nicht mehr möglich
 - endgültige Steuerbescheide können nur nach den Bestimmungen der §§172, 173 AO geändert werden
- Beginn der Festsetzungsfristen regelt §170 AO
 - kann durch Anlaufhemmnisse¹⁰ verschoben werden
 - kann durch Ablaufhemmnisse¹¹ verlängert werden gemäß §171 AO

3. Erhebungs- und Vollstreckungsverfahren

- Realisierung der Ansprüche auf die Steuerschuld nach §§218ff. AO
- Fälligkeit der Steuern in den Regelungen zu den einzelnen Steuerarten bestimmt (§220 AO)
- Stundungen der Steuerschuld nach den Bestimmungen des §222 AO
- nach Überschreitung der Fälligkeitsfrist Erhebung eines Säumniszuschlags von 1% je Monat
- Steuererstattungen und Steuernachzahlungen begründen einen Zinsanspruch
 - entsteht erst 15 Monate nach Entstehungszeitpunkt der Steuer (§233a AO)
 - Fristbeginn der letzte Tag des Jahres, in dem der Verzinsungsanspruch entsteht
- rechtliche Regelungen der Vollstreckung in §249ff. AO
- Steuerschuld erlischt im Regelfall mit der Zahlung der Steuer (§47 AO), nach Auf- bzw. Verrechnung (§226 AO), Erlass (§227 AO) oder Verjährung¹² (§228 AO)

4. Rechtsbehelfsverfahren

- dienen dem Rechtsschutz des Steuerpflichtigen
- ordentliche, außergerichtliche Verfahren (Vorverfahren):
 - Einspruch gemäß §§347-367 AO innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Verwaltungsakts bei der Behörde, die den Verwaltungsakt erlassen hat
 - neue Prüfung des Sachverhalts
 - keine Hemmung des Vollzugs, aber Aussetzung des Vollzugs möglich¹³ (§69 FGO)
 - bei negativer Entscheidung über den Einspruch kann Rechtsweg beschritten werden
 - Verfahren ist kostenfrei

9 einheitliche bzw. gesonderte Feststellung von Einkünften aus Teilhaberschaft an einem Gewerbe, z.B. OHG

10 Umstände und Sachverhalte, die die Frist erst später einsetzen lassen

11 Umstände und Sachverhalte, die die Frist nicht ablaufen lassen und sich dadurch verlängert

12 Verjährungsfrist i.d.R. 5 Jahre

13 nur auf Antrag des Steuerpflichtigen (vergl. §361 AO)

- gerichtliche Verfahren (Finanzgerichtsordnung)
 - Zuständig für Verfahren die Finanzgerichte (FG) der Länder und des Bundes
 - höchste Instanz ist der Bundesfinanzhof
 - nur Überprüfung der Entscheidung im Besteuerungsverfahren, nicht jedoch über den Steuertatbestand im einzelnen, d.h. i.d.R. Entscheidung über den abgelehnten Einspruch
 - Entscheidungsfestsetzung durch ein richterliches Urteil
 - Verfahrenskosten sind von der unterlegenen Partei zu tragen

5. Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten

- Steuerstraftaten alle abschliessend in §§369ff. AO aufgezählten Tatbestände
- Steuerhinterziehung:
 - alle Tatbestände, durch die eine vorsätzliche Kürzung der Steuerschuld oder ein ungerechtfertigter Vorteil entsteht
 - Strafmaß bis zu 5 Jahre Freiheitsstrafe oder Geldstrafe (§370 AO)
 - in Fällen schwerer Steuerhinterziehung bis zu 10 Jahre Freiheitsstrafe
- Steuerordnungswidrigkeiten alle abschliessend in §§377ff. AO aufgezählten Tatbestände
 - grob fahrlässige Steuerkürzung
 - grob fahrlässig zugebilligte Steuervorteile
 - Steuergefährdung (z.B. Ausstellung eines falschen Belegs)
 - Strafmaß sind Bußgelder in verschiedener Höhe je nach Schwere der Ordnungswidrigkeit
- Selbstanzeige kann den Steuerpflichtigen straf- oder bußgeldfrei stellen
 - Anzeige muss vor Fahndungs- bzw. Ermittlungsbeginn erfolgen
 - gewerbs- oder bandenmäßige Steuerhinterziehung davon nicht gedeckt¹⁴ (§370a AO)
- Verfolgungsfrist = Verjährungsfrist bei 5 Jahren

¹⁴ §371 Abs.1 AO bezieht sich eindeutig nur auf §370 AO

D Grundlagen der wesentlichen Unternehmenssteuern

1. Einkommenssteuer

1.1. Steuerpflicht

- bezieht sich auf das zu versteuernde Einkommen natürlicher Personen
- Rechtsgrundlagen:
 - Einkommenssteuergesetz (EStG)
 - Einkommenssteuereinführungsverordnung (EStDV)
- Steuerobjekt: Einkommen natürlicher Personen¹⁵
- Steuersubjekt: natürliche Person mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthaltsort im Inland¹⁶
- die einzelne Person ist steuerpflichtig, insofern eigentliches jedes Familienmitglied

unbeschränkte Steuerpflicht	beschränkte Steuerpflicht	erweiterte beschränkte Steuerpflicht
<ul style="list-style-type: none"> • natürliche Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthaltsort im Inland, d.h. mehr als 182 Tage im Inland (§§8, 9 AO) • Welteinkommen ist im Inland steuerpflichtig (Inland = Geltungsbereich des EStG) • Personengesellschaften selbst sind nicht steuerpflichtig, jedoch deren Eigentümer (sofern sie natürliche Personen sind), auf die das Einkommen des Unternehmens übertragen wird 	<ul style="list-style-type: none"> • natürliche Personen ohne Wohnsitz bzw. gewöhnlichen Aufenthaltsort im Inland sind nur mit Einkünften im Sinne des §49 EStG (inländische Einkünfte = Territorialprinzip) steuerpflichtig 	<ul style="list-style-type: none"> • Steuerpflicht nach §2 AStG • für Inländer, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort ins Ausland verlegt haben • anzuwenden, wenn Steuerpflichtige wesentliche wirtschaftliche Beziehungen (Interessen) im Inland haben • steuerpflichtig sind dann alle Einkünfte

Tabelle 1.1 Formen der Steuerpflicht

1.2. Bemessungsgrundlage

- Bemessungsgrundlage ist das zu versteuernde Einkommen (§2 Abs.5 EStG)
- Einnahmen sind alle Güter, die in Geld oder Geldeswert bestehen und im Rahmen einer Einkunftsart zufließen (§8 Abs.1 EStG)
 - bei Gewinneinkünften¹⁷ sind dies die Betriebseinnahmen
 - bei Überschusseinkünften der Zufluss an Geldmitteln
- Einkünfte sind der Reinertrag aus einer Einkunftsart
 - bei Gewinneinkünften der Gewinn = Betriebsvermögensmehrung (§4 Abs.3 EStG)
 - bei Überschusseinkünften der Unterschied zwischen Einnahmen und Werbungskosten¹⁸

¹⁵ Zuordnung zu den 7 Einkunftsarten des §2 EStG; alles andere ist kein Einkommen im Sinne dieses Gesetzes

¹⁶ was Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt ist regeln §§8, 9 AO

¹⁷ Einnahmen aus Gewerbebetrieb, aus selbständiger Arbeit und aus Land- und Forstwirtschaft

¹⁸ Abgrenzungsproblem bei Werbungskosten: Aufwendungen für die private Lebensführung (§12 Nr.1 EStG), die nicht abzugsfähig sind bei der Ermittlung der Einkünfte

- steuerfrei sind Einnahmen, die abschliessend in §3 EStG aufgezählt sind
 - stehen damit Ausgaben in unmittelbarem Zusammenhang dürfen diese bei der Ermittlung der Einkünfte nicht abgezogen werden
- innerhalb einer Einkunftsart sind mehrere Einnahmequellen möglich
- negative Einkünfte sind generell möglich und können mit positiven Einkünften anderer Einkunftsarten verrechnet werden¹⁹
- Einkommen ist der Gesamtbetrag der Einkünfte, vermindert um Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen

→ Abbildung „Einkommenssteuer: Veranlagungsschema“

1.3. Steuertarif

- Tarifformeln zur Ermittlung der Steuerschuld im §32a EStG
- für nachfolgende Veranlagungszeiträume im §52 Abs.41 EStG
- Progressionsvorbehalt:
 - bei Einkünften, die bewusst steuerfrei²⁰ gehalten werden (z.B. Arbeitslosengeld)
 - steuerfreie Einkünfte werden bei Bestimmung des besonderen Steuersatzes berücksichtigt
 - Anwendung eines besonderen Steuersatzes nach §32b EStG nur auf das z.v.E.

$$s = \frac{S(B)}{B} = \frac{\text{Steuerschuld auf z.v.E.} + \text{steuerfreie Einnahmen}}{\text{z.v.E.} + \text{steuerfreie Einnahmen}}$$

- Splittingtarif:
 - Ermittlung der Einkommenssteuer bei Ehegatten gemäß §§26, 26b EStG
 - maßgeblich ist die auf das halbe zu versteuernde Einkommen entfallene Steuer
 - zu entrichtende Einkommenssteuer ist das Doppelte dieses Werts

1.4. Abgrenzung der Einkunftsarten

- Gewinneinkünfte (=laufende Einkünfte)
 - Einkünfte aus Gewerbebetrieb (kaufmännische Tätigkeit; §15 EStG) mit den Merkmalen:
 - x Selbständigkeit (Unternehmerrisiko; Mitunternehmerschaft; erfordert kein Eigentum am Betriebsvermögen)
 - x Nachhaltigkeit²¹ (fortgesetzte Handlungsweise; Absicht eine Handlung, die zu Einkünften führt, zu wiederholen)
 - x Gewinnerzielungsabsicht²² (streben nach Vermögensmehrung; muss nicht Hauptstreben des Unternehmers sein; liegt nicht vor, wenn nur Selbstkostendeckung gewollt ist; tatsächliche Gewinnerzielung ist nicht relevant)
 - x Teilnahme am allg. wirtschaftlichen Verkehr²³ (nach außen hin erkennbare Darbietung von Leisten an eine unbegrenzte Anzahl von Personen)

19 Ausnahme: Beteiligung an Verlustzuweisungsgesellschaften aus steuerlichen Gründen (§2b EStG)

20 abschliessende Aufzählung in §3 EStG

21 Gegensatz: gelegentliches Tätigwerden (§22 EStG)

22 Gegensatz: Liebhaberei, d.h. Betrieb wird nicht nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt und wenn nachhaltig nicht mit Gewinn gearbeitet wird

23 Gegensatz: private Vermögensverwaltung

- Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft (≠ Gewerbebetrieb; §13 EStG)
 - x Bewirtschaftung von Grund und Boden (Anbau von landwirtschaftlichen Produkten)
 - x aber: macht An- und Verkauf von zusätzlichen Produkten mehr als 30% des Umsatzes aus, dann Einkünfte aus Gewerbebetrieb
- Einkünfte aus selbständiger Arbeit (§18 EStG)
 - x im EStG nicht abschliessend definiert
 - x Tätigkeit geprägt durch eigene Fachkenntnis
 - x Abgrenzungsproblem, wenn der Selbständige Personen mit entsprechender Fachkenntnis anstellt, sich von den Projekten zurück zieht, seine Fähigkeiten nicht mehr umfassen einbringt und nur noch koordinierende Aufgaben wahrnimmt = Gewerbebetrieb
 - x Abgrenzungsproblem, wenn der Selbständige zusätzlich Handel mit anderen Produkten betreibt = Gewerbebetrieb
- Gewinnermittlung immer für den einzelnen Betrieb des Steuerpflichtigen gemäß §4 EStG
- Überschusseinkünfte
 - alle restlichen Einkunftsarten aus §2 EStG
 - Einkünfte sind der Überschuss der Einnahmen über die Werbungskosten
 - Werbungskosten:
 - x notwendig Kausalzusammenhang zwischen Einnahmen und Werbungskosten, d.h. Abgrenzungsproblem zu den Ausgaben für die private Lebensführung
 - x müssen vermögensmindernd sein, d.h. entgangene Einnahmen ≠ Werbungskosten
 - x Grundsatz: es kommt nicht auf die objektive Notwendigkeit an
 - x es bestehen Pauschalbeträge (§9a EStG), die aber nicht zu einem negativen Einkommen führen dürfen
 - x nur bei der Einkunftsart abzugsfähig, bei der sie entstanden sind
- Konkurrenz der Einkunftsarten
 - Unterscheidung in die 4 Haupteinkunftsarten:
 - x Einkünfte aus Gewerbebetrieb (§15 EStG)
 - x Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft (§13 EStG)
 - x Einkünfte aus selbständiger Arbeit (§18 EStG)
 - x Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (§19 EStG)
 - x stehen vor allen anderen Einkunftsarten
 - x keine der Haupteinkunftsarten kann sich mit einer anderen Einkunftsart überschneiden
 - Unterscheidung von 3 Nebeneinkunftsarten
 - x Einkünfte aus Kapitalvermögen (§20 EStG)
 - x Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (§21 EStG)
 - x sonstige Einkünfte (§22 EStG)
 - x sind gegenüber den Haupteinkunftsarten und auch untereinander nachrangig
 - liegen sowohl Haupt- als auch Nebeneinkunftsarten vor, werden letztere den Haupteinkunftsarten zugeordnet²⁴ (z.B. §20 Abs.3 EStG)

1.5. Sonderausgaben

- unbeschränkt abzugsfähige Sonderausgaben aufgezählt in §10 Abs.1 Nr.1a, 4 und 6 EStG
- beschränkt abzugsfähige Sonderausgaben aufgezählt in §10 Abs.1 Nr.1, 2, 7, 8, 9 EStG und §10b EStG
- daneben bestehen Pauschalbeträge für Sonderausgaben in §10c EStG
- prinzipiell Ausgaben der privaten Lebensführung, aber aus sozial- und wirtschaftspolitischen Gründen im Jahr ihrer Entstehung abzugsfähig
- können nicht zu einem Verlustvortrag führen

²⁴ Beispiel: GmbH vermietet nebenbei Büroräume; ursprünglich Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung; wegen Nachrangigkeit der Einnahmen sind die Mieterträge aber Einkünfte aus Gewerbebetrieb

2. Körperschaftssteuer

- besteuert das Einkommen juristischer Personen (z.B. Kapitalgesellschaften)
- Doppelbelastung mit Einkommenssteuer und Körperschaftssteuer möglich²⁵
 - Besteuerung auf Ebene der Gesellschaft
 - Besteuerung auf Ebene der Gesellschafter durch Halbeinkünfteverfahren

2.1. Steuerpflicht

- unbeschränkt steuerpflichtig alle Kapitalgesellschaften mit Sitz oder Geschäftsleitung im Inland (§1 KStG)
 - es gilt das Prinzip des Welteinkommens, d.h. alle Einkünfte unterliegen der inländischen Körperschaftssteuer, egal wo sie generiert wurden
- beschränkt steuerpflichtig sind Kapitalgesellschaften, die weder Sitz noch Geschäftsleitung im Inland haben (§2 KStG)
 - steuerpflichtig sind nur die inländischen Einkünfte, d.h. Einkünfte, die im Geltungsbereich dieses KStG erzielt wurden (Beachtung der §§49ff. EStG)
- Befreiung von der Körperschaftssteuer gemäß §5 KStG (z.B. Bundeseisenbahnvermögen)

2.2. Bemessungsgrundlage

- Bemessungsgrundlage ist gemäß §7 Abs.1 KStG das zu versteuernde Einkommen
- Ermittlung des z.v.E. nach den Vorschriften des EStG und des KStG (§8 Abs.1 KStG)
 - Kapitalgesellschaften haben grundsätzlich Einkünfte aus Gewerbebetrieb (§8 Abs.2 KStG)
 - grundsätzlich Ermittlung der Bemessungsgrundlage für ein Kalenderjahr
 - bei Abweichung Wirtschaftsjahr vom Kalenderjahr: Ermittlung des Gewinns für das Wirtschaftsjahr und Zuordnung zu dem Kalenderjahr, in welchem der Gewinn angefallen ist (§7 Abs. 4 KStG)
 - Ausgangsgröße für die Ermittlung ist der handelsrechtliche Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag
- Betriebsausgaben
 - grundsätzliche alle handelsrechtlich akzeptierten Aufwendungen
 - müssen durch den Betrieb des Unternehmens veranlasst sein²⁶
 - auch Betriebsausgaben mit starker Nähe zu privaten Aufwendungen nicht abzugsfähig:
 - ✗ Geschenke an Personen, die nicht Arbeitnehmer sind (§4 Abs.5 Nr.1 EStG)
 - ✗ 30% der Bewirtungskosten aus betrieblichen Anlass (§4 Abs.5 Nr.2 EStG)
 - ✗ alle weiteren in §4 Abs.5 EStG genannten Aufwendungen
 - ✗ alle in §10 KStG genannten Aufwendungen²⁷
- Einlagen
 - offene, in der Handelsbilanz erfolgsneutrale, Einlage ist steuerlich nicht zu korrigieren
 - verdeckte Einlage, die ihre Ursache im Gesellschaftsverhältnis hat, ist steuerlich zu korrigieren, d.h. mit dem Teilwert in der Steuerbilanz anzusetzen

²⁵ erst möglich durch Steuersenkungsgesetz (StSenkG) seit 2001; im bis dato geltenden Anrechnungsverfahren war dies ausgeschlossen

²⁶ Ausnahme: Spenden – nicht betrieblich veranlasst, aber trotzdem abzugsfähig (§9 Abs.1 Nr.2 KStG)

²⁷ §10 Nr.2 KStG: Steuern vom Einkommen und Ertrag dürfen den Gewinn nicht mindern, also dürfen Steuererstattungen den Gewinn nicht erhöhen

- verdeckte Gewinnausschüttung
 - verhinderte Vermögensmehrung oder Vermögensminderung bei der Kapitalgesellschaft
 - ist durch das Gesellschaftsverhältnis veranlasst
 - erfolgt nicht im Rahmen einer offenen Gewinnausschüttung
 - im vornherein getroffene wirksame Vereinbarungen sind nur dann keine verdeckte Gewinnausschüttungen, wenn sie einem Drittvergleich standhalten bzw. angemessen sind

2.3. Steuertarif

- Definitiv-Körperschaftsteuer mit 25% auf Ebene der Gesellschaft
- Besteuerung der Gewinnausschüttungen auf Ebene des Gesellschafters mit dem halben Einkommenssteuersatz (Halbeinkünfteverfahren)
- Ausschüttungen an beteiligte Kapitalgesellschaften:
 - Betriebseinnahmen aus Gewinnausschüttungen sind steuerfrei (§8b KStG)
 - vermeidet wird so eine Doppelbesteuerung der Kapitalerträge, weil:
 - x die ausgeschütteten Gewinne werden bei der ersten Kapitalgesellschaft bereits versteuert
 - x die Gewinnausschüttungen erhöhen den Gewinn der empfangenden Kapitalgesellschaft und würden dort erneut als Gewinnbestandteil besteuert
 - aber: 5% der ausgeschütteten Summe dürfen nicht als Betriebsausgabe abgezogen werden (§8b Abs.3, 5 KStG)²⁸

3. Gewerbesteuer

3.1. Steuerobjekt

- Gewerbesteuer ist eine Objekt- bzw. Realsteuer
- besteuert wird der Ertrag von Gewerbebetrieben
- Steuerobjekt ist gemäß §2 Abs.1 GewStG „jeder stehende Gewerbebetrieb, soweit er im Inland betrieben wird“²⁹
- Gewerbebetrieb ist ein gewerbliches Unternehmen:
 - kraft Betätigung
 - kraft Rechtsform
 - jedoch nicht land- und forstwirtschaftliche Betriebe, Gewerbe von Freiberuflern und Selbstständige

3.2. Steuerpflicht

- steuerpflichtig ist derjenige, für dessen Rechnung das Gewerbe betrieben wird (§5 GewStG)
- Besonderheit bei Personengesellschaften: hier ist die Personengesellschaft Steuerschuldner

²⁸ beachte auch §37 Abs.3 KStG

²⁹ im Inland: mindestens eine Betriebsstätte muss im Inland angesiedelt sein (§12 AO)

3.3. Bemessungsgrundlage

- Ausgangsgröße ist der handelsrechtliche Gewinn aus Gewerbebetrieb, bei Personengesellschaften die Summe aller gewerblichen Einkünfte der Mitunternehmer
- Hinzurechnungen nach §8 GewStG³⁰ und Kürzungen nach §9 GewStG ergeben die Bemessungsgrundlage

3.4. Steuertarif

- ermittelter Gewerbeertrag ist auf volle 100 EUR nach unten abzurunden und ggf. um bestimmte Freibeträge zu kürzen (§11 Abs.1 Satz 3 GewStG)
- Ermittlung eines Steuermessbetrags durch das Finanzamt gemäß §11 Abs.2 Nr.1, 2 GewStG
 - bei Einzelunternehmern und Personengesellschaften nach dem Stufenmodell
 - bei Kapitalgesellschaften einheitlich 5% vom abgerundeten Gewerbeertrag
- Festsetzung der Gewerbesteuer durch die Gemeinde mit dem spezifischen Hebesatz³¹
- ermittelte Gewerbesteuer mindert ihre eigene Bemessungsgrundlage, da sie als Betriebsausgabe abzugsfähig ist

$$GewSt = (GE - GewSt) \times m \times H$$

$$GewSt = \frac{m \times H}{(1 + m \times H)} \times GE$$

$GE = \text{Gewerbeertrag}$; $m = \text{Messziffer}$; $H = \text{Hebesatz}$

- bei Einkünften aus Gewerbebetrieb im Rahmen der Veranlagung zur Einkommenssteuer kann ein Steuerermäßigungspotenzial geltend gemacht
 - Kürzung der tariflichen Einkommenssteuer max. um das 1,8fache des ermittelten Gewerbesteuermessbetrags
 - bezieht sich auf die auf gewerbliche Einkünfte entfallene Einkommenssteuer

$$\text{Anteil der gewerblichen Einkünfte} = \frac{\text{gewerbliche Einkünfte} (\S 15 EStG)}{\text{zu versteuerndes Einkommen}}$$

$$\text{Steuerermäßigungspotenzial} = \text{Einkommenssteuer} \times \text{Anteil der gewerblichen Einkünfte}$$

jedoch höchstens der 1,8 fache Gewerbesteuermessbetrag

- Achtung: weitergehende Ausführung in den Vorbemerkungen zur Übung!

³⁰ §8 Abs.1 GewStG: Dauerschuldzinsen sind Zinsen aus Krediten mit einer Laufzeit über 1 Jahr, Zinsen für Kontokorrentkredite (soweit für 12 Monate ein Mindestkredit zur Verfügung steht und ausgeschöpft wurde) und Zinsen aus der Beschaffung von Anlagevermögen. Zinsen aus laufenden Geschäftsvorfällen sind dagegen keine Dauerschuldzinsen!

³¹ Höhe des Hebesatzes liegt in den Händen der Gemeinden (Hebesatzautonomie)

4. Umsatzsteuer

4.1. Charakterisierung

- Umsatzsteuer ist eine Objektsteuer, d.h. persönliche Eigenschaften des Steuerpflichtigen sind unwichtig
- indirekte, wirtschaftlich wirksame Verbrauchssteuer (Ausgangspunkt: Konsum)
- Steuerschuldner: Unternehmen; Steuerdestinator: Leistungsempfänger
- rechtlich: Verkehrssteuer; wirtschaftlich: Verbrauchssteuer (privater Konsum wird besteuert)

Stufe		Preis	Umsatzsteuer	Vorsteuer	zu entrichten
A	Verkauf netto	200,00 €	32,00 €	0,00 €	32,00 €
B	Einkauf netto	200,00 €	0,00 €	32,00 €	0,00 €
	Verkauf netto	250,00 €	40,00 €	0,00 €	8,00 €
C	Einkauf netto	250,00 €	0,00 €	40,00 €	0,00 €
	Verkauf netto	300,00 €	48,00 €	0,00 €	8,00 €
Summe			120,00 €	72,00 €	48,00 €

Tabelle 4.1 Wirkungsweise der Umsatzsteuer

- die von den Unternehmen ans Finanzamt insgesamt abzuführende Umsatzsteuer entspricht genau der Summe, die der Endverbraucher zu tragen hat
- Prinzipien für die Besteuerung grenzüberschreitender Leistungen:
 - Inland im Sinne dieses Gesetzes ist das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme der in §1 Abs.2 UStG³² genannten Gebiete
 - Bestimmungslandprinzip (das Land, in welches die Lieferung erfolgt)
 - x hauptsächlich bei Lieferungen aus Drittländern³³
 - x Exportland: bleibt steuerbefreit
 - x Importland: Zahlung von Einfuhrumsatzsteuer (Einfuhrzoll)
 - Ursprungslandprinzip (das Land, aus welchem die Lieferung erfolgt)
 - x Exportland: besteuert die Lieferung
 - x Importland: stellt die Importe steuerfrei
 - Prinzip des gemeinsamen Markts
 - x grenzüberschreitende Leistungen innerhalb der EG werden wie inländische Leistungen besteuert
 - x setzt ein Clearingsystem voraus
 - x in der EG soll allgemein das Prinzip des gemeinsamen Markts herrschen

32 u.a. Insel Helgoland, Gebiet von Büsingen, Freihandelszonen (Freihäfen)

33 umfasst alles was nicht Gemeinschaftsgebiet (Fussnote 38) ist und die Ausnahmen aus §1 Abs.2 UStG

4.2. Steuerobjekt

- Gegenstand der Lieferung eines **Unternehmers** (=steuerbarer Umsatz) ist das Steuerobjekt
 - Lieferungen und Leistungen eines Unternehmers im Inland
 - Einfuhr von Gegenständen aus Drittländern
 - innergemeinschaftlicher Erwerb im Inland gegen Entgelt
- Gegenstandsbegriff des UStG ist enger eingegrenzt als allg. Sprachgebrauch und des BGB
 - Unternehmer verschafft dem Abnehmer Verfügungsmacht über den Liefergegenstand
 - Vorhandensein dieses Liefergegenstands grenzt die Lieferung von den sonstigen Leistungen ab
 - Gegenstand einer Lieferung können sein:
 - x körperliche Gegenstände³⁴ (bewegliche und unbewegliche Sachen; Sachen und Tiere i.S. der §§90, 90a BGB; Errichtung von Bauwerken auf fremdem Grund und Boden)
 - x eine Sachgesamtheit³⁵ (mehrere rechtlich selbständige Gegenstände, die als ein Verkehrsgut angesehen werden, z.B. Blumenstrauß, Pralinenpackung, Maschinenanlage, Briefmarkensammlung)
 - x nicht körperliche Gegenstände³⁶ (alle Arten der Energie; Kundenstamm bzw. Firmen- und Praxiswert³⁷)

4.3. Steuerpflicht

- Umsatz beim Leistungsaustausch gegen Entgelt (§1 Abs.1 Nr.1 UStG)
 - notwendig ein Leistungsaustausch gegen Entgelt
 - zwingend notwendig zwei Rechtspersonen (Leistender; Leistungsempfänger)
 - Leistung innerhalb eines Unternehmens (Innenumsatz) deshalb nicht steuerbar
 - x Ausnahme: Verbringen eines Gegenstandes im Rahmen des Unternehmens³⁸ aus dem Inland in das Gemeinschaftsgebiet³⁹ durch einen Unternehmer (§3 Abs.1a UStG)
 - x Ausnahme: alle Vorgänge gemäß §3 Abs.1b UStG
- Steuerbefreiung nach den §§4, 4b, 5 UStG
 - nur steuerbare Umsätze können auch steuerfrei sein
- Steuerschuldner ist der Unternehmer

4.4. Bemessungsgrundlage

- Leistungen gegen Entgelt: BMG=Entgelt der Leistung - Umsatzsteuer (§10 Abs.1 UStG)
- unentgeltliche Abgabe: BMG=Wiederbeschaffungskosten - Umsatzsteuer (§10 Abs.4 UStG)
- Einfuhr bzw. innergemeinschaftlicher Erwerb: BMG=Wert des Gegenstands
- Regelsteuersatz beträgt 16% von der Bemessungsgrundlage⁴⁰
- ermäßigter Steuersatz beträgt 7% von der Bemessungsgrundlage für die abschliessend im §12 Abs.2 UStG aufgezählten Leistungen

³⁴ vergl. auch §24 Abs.1 Satz 2 UStR

³⁵ vergl. auch §24 Abs.1 Satz 3 UStR

³⁶ werden aber im Wirtschaftskreislauf wie Sachen behandelt

³⁷ weil sie mit Verschaffung der Verfügungsmacht an den Unternehmensgegenständen auf den Erwerber übergehen (vergl. auch §24 Abs.1 Satz 2 UStR); darunter fallen nicht Rechte und Forderungen, da diese grundsätzlich nicht geliefert werden, sondern per Abtretungsvertrag (§398 BGB) auf den Erwerber übergehen

³⁸ schliesst alle Geschäftsvorgänge sowie Neben- und Hilfgeschäfte ein

³⁹ umfasst Bundesrepublik Deutschland und übrige EG-Länder

⁴⁰ entspricht 13,79% (16/116) des Bruttoumsatzes; im ermäßigten Steuersatz: 6,54% (7/107) des Bruttoumsatzes

5. Grunderwerbssteuer

- besteuert den Erwerb bzw. Umsatz beim Kauf von Grundstücken⁴¹
- potentielle Doppelbesteuerung mit:
 - Umsatzsteuer tritt nicht ein, da derartige umsatzsteuerbefreit sind (§4 Nr.9a UStG)
 - Erbschafts- bzw. Schenkungssteuer tritt nicht ein, da vererbte bzw. verschenkte Grundstücke von der Grunderwerbssteuer befreit sind (§3 Nr.2 GrEStG)

5.1. Steuerobjekt

- Grundtatbestand ist ein Rechtsgeschäft, das einen Anspruch auf Übertragung eines Grundstücks begründet⁴² (Verpflichtungsgeschäft) (§1 Abs.1 Nr.1 GrEStG)
- Hilfstatbestand ist ein anderes auf die Übertragung eines Grundstücks gerichtetes Rechtsgeschäft (§1 Abs.1 Nr.2-7 GrEStG)
- Ergänzungstatbestand alle abschliessend in §1 Abs.2-6 GrEStG aufgezählten Tatbestände
 - Erwerb der Verwertungsbefugnisse (§1 Abs.2 GrEStG)
 - wesentliche Änderungen im Gesellschaftsbestand einer Personengesellschaft mit einem inländischen Grundstück, wenn mehr als 95% der Gesellschaftsanteile auf neue Gesellschafter übertragen werden (§1 Abs.2a GrEStG)

5.2. Steuerpflicht

- alle in §1 GrEStG aufgezählten Tatbestände sind grundsätzlich steuerpflichtig
- Ausnahme: Steuerbefreiung gemäß §3-7 GrEStG
 - es handelt sich nur um eine sachliche Steuerbefreiung, d.h. nur der Tatbestand und nicht eine Person oder Personengruppe (natürliche oder juristische Person)
- Steuerschuldner sind alle Vertragsparteien als Gesamtschuldner (§13 GrEStG)
 - Aufteilung der Anteile an der gesamten Steuerschuld i.d.R. im Vertrag geregelt
- bei Änderungen im Gesellschaftsbestand einer Personengesellschaft (§1 Abs.2a GrEStG) ist der Steuerschuldner die Personengesellschaft selbst

5.3. Bemessungsgrundlage und Steuertarif

- Regelfall ist die Bemessungsgrundlage die Gegenleistung (§8 Abs.1 GrEStG)
- Gegenleistung ist der Wert zum Erwerbszeitpunkt
 - spätere Werterhöhungen (z.B. durch Bebauung bleiben unberücksichtigt)
 - bei Grundstück ohne Haus: reiner Grundstückspreis
 - bei Grundstücken mit Haus: Grundstückspreis und Preis der Immobilie
 - Grundstück mit Bauverpflichtung⁴³: Grundstückspreis und Preis der Immobilie
 - bei getrennten Verträgen, d.h. ein Kaufvertrag für das Grundstück und einer für die Immobilie erfolgt eine Leistungsverknüpfung, wenn bei objektiver Betrachtungsweise ein einheitlicher Leistungsgegenstand vorliegt (Sichtweise des BFH)
- Sonderfälle gemäß §8 Abs.2 GrEStG
- proportionaler Steuertarif mit einheitlich 3,5% auf die Bemessungsgrundlage und Steuerschuld ist abzurunden auf volle EUR (§11 Abs.2 GrEStG)

41 indirekte, spezielle Verkehrssteuer

42 i.d.R. Grundstückskaufverträge

43 sofern die Bauverpflichtung im Kaufvertrag erwähnt wird

E Einfluss der Besteuerung auf Unternehmen

1. Rechnungswesen

- Auswirkungen auf die Dokumentationsfunktion
- steuerliche Buchführungspflichten als formale Steuerpflicht
 - derivative formelle Steuerpflicht (§140 AO)
 - originäre formelle Steuerpflicht (§141 AO)
- Verknüpfung von Handels- und Steuerbilanz durch das Maßgeblichkeitsprinzip (§5 EStG)
- Steuerbilanzpolitik hat Einfluss auf Handelsbilanzpolitik
 - nur in Form finanzieller Zielgrößen
 - einfache Entscheidungen möglich bei proportionalem Tarif (positiver Zinseffekt und ggf. Verlagerung von steuerlichem Aufwand vorteilhaft)
 - Beachtung des Zins- und Progressionseffekts bei progressivem Tarif

2. Rechtsformwahl

- entweder Personengesellschaft oder Kapitalgesellschaft
- steuerlich nicht relevante Kriterien sind:
 - Haftung und Geschäftsführungsbefugnis
 - erforderliches Eigenkapital und Finanzierungsmöglichkeiten
 - Gründungsvorschriften bzw. Prüfungs- und Offenlegungspflichten
- steuerlich relevante Kriterien sind:
 - laufende Besteuerung
 - Besteuerung bei Umwandlung bzw. Auflösung des Unternehmens

3. Standortwahl

- steuerlich relevante Kriterien beim Standort im Inland:
 - Hebesatzautonomie der Gemeinden im Rahmen der Gewerbe- und Grundsteuer⁴⁴
 - Zuschüsse und Investitionszulagen in Form von Sonderabschreibungen, Steuerermäßigungen⁴⁵
- steuerlich relevante Kriterien beim Standort im Ausland:
 - Vergleich der Steuerbelastung oft schwierig, da $\text{Steuerschuld} = \text{BMG} \times \text{Steuersatz}$
 - × Bemessungsgrundlage in verschiedenen Ländern anders definiert
 - × Steuersatz allein nicht maßgeblich
 - Doppelbesteuerung möglich
 - Beachtung des Außensteuergesetzes (AStG)

⁴⁴ im Rahmen der Grundsteuer: Gemeinde bestimmt, ob überhaupt Grundsteuer erhoben wird (§1 Abs.1 GrStG)

⁴⁵ i.d.R. nur auf bestimmte Gebiete beschränkt